

## **Welche neue Politik braucht unsere Wirtschaft?**

**Rede von IHK-Vizepräsident Klaus Heller vor dem Bundesverband der deutschen Kies- und Sandindustrie im Rahmen der Kies- und Sandtage 2005 in Saarbrücken**

**13. Oktober 2005**

Deutschland wird zum zweiten Mal nach den Jahren 66/69 von einer großen Koalition regiert werden. Vor der Wahl hätten die wenigsten ein solches Ergebnis erwartet. Die Wunschkoalition der Wirtschaft war jedenfalls Schwarz-Gelb. Das hat der Wähler verhindert und stattdessen eine große Koalition erzwungen.

Das Für und Wider einer solchen Koalition ist in den Medien ausführlich diskutiert worden. Aus Sicht der Wirtschaft ist zu hoffen, dass sie keine Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners betreibt. Vielleicht gelingt ihr ja sogar endlich ein Stimmungsumschwung. Voraussetzung dazu wäre ein ehrliches und klares Reformprogramm.

Hierüber möchte ich heute gerne zu Ihnen reden. Es freut mich, dass ich das vor einem so großen Zuhörerkreis tun kann. Ganz herzlichen Dank für die Gelegenheit dazu.

Gestatten Sie mir zunächst einige Vorbemerkungen.

Das Wahlergebnis war nicht nur überraschend. Es erlaubt auch einige interessante Aufschlüsse über die Gemütslage unserer Bevölkerung. Die Mehrheit der Bürger hat offenbar davor zurückgeschreckt, eine klare Reformperspektive zu wählen.

Das erstaunt. Denn vor der Wahl haben sich drei Viertel der Bevölkerung in Umfragen für weitere Reformen ausgesprochen. Die Einsicht in die Notwendigkeit von Reformen ist also durchaus vorhanden. Nur: Nach der Wahl stellt sich mehr denn je die Frage, wie groß die Reformbereitschaft tatsächlich ist.

Dabei dürfte allen - mit Ausnahme der Linkspartei und ihren Anhängern - klar sein, dass wir weitere Reformen brauchen. Darüber können auch einige positiv gefärbte Berichte zum Standort Deutschland, die im Vorfeld der Wahlen erschienen sind, nicht hinwegtäuschen.

So stand etwa in einem Artikel des britischen Wirtschaftsmagazin Economist Ende August geschrieben, dass der Wirtschaftsstandort Deutschland wieder erstarke sei. Faktisch hatte das Magazin sich auf wenige positive Tendenzen konzentriert (Agenda 2010, Hartz IV), aber andere Faktoren wie Arbeitskosten und Steuern ausgeblendet. Nimmt man diese mit ins Bild, dann ist man schnell bei dem Ergebnis einer Studie der Weltbank. Hier landet Deutschland auf dem neunzehnten Platz von 155 Ländern. Das Fazit dieser Studie lautet: Deutschland hat in den vergangenen Jahren Fortschritte gemacht. Die Unternehmen sind dank Kostensenkung und Restrukturierungen wettbewerbsfähiger geworden, doch der Standort Deutschland ist es trotz der positiven Ansätze noch nicht.

Meine Damen und Herren,

das ist auch mein Eindruck. In Teilen haben wir bereits einen zielführenden Weg eingeschlagen. Wir sind aber noch nicht weit genug gekommen. Deshalb müssen wir auf dem Reformweg in der kommenden Legislaturperiode weiter gehen.

Unser Kernproblem ist die Wachstumsschwäche. Mit einer Wachstumsrate von einem Prozent pro Jahr verharrt unser Land seit rund einem Jahrzehnt in einer Quasi-Stagnation. Im letzten Jahr war das Wachstum mit real 1,6 Prozent geringfügig höher. Die Folgen sind bekannt: Sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze gehen verloren, die Arbeitslosigkeit steigt schubweise, die sozialen Sicherungssysteme trocknen finanziell aus, den Staatsfinanzen droht der Kollaps.

Das sind in wenigen Sätzen die zentralen Probleme der deutschen Politik. Und das sind zweifellos gewaltige Herausforderungen. Ich warne aber davor, angesichts dieser Aufgaben zu verzagen. Auch eine große Koalition kann den Wirtschaftsstandort Deutschland attraktiver machen. Denn beide Parteien wissen um die Notwendigkeit weiterer Reformen. Und zwischen beiden Parteien gibt es eine Reihe von Berührungspunkten. Nachdem das leidige Problem der Kanzlerfrage vom Tisch ist, sollten die Koalitionäre sich jetzt auf ein belastbares Koalitionsprogramm zur ökonomischen Erneuerung Deutschlands konzentrieren.

Der neu gewählte Bundestag tritt am 18. Oktober zum ersten Mal zusammen. Er ist für vier Jahre gewählt. Wir sollten davon ausgehen, dass es in dieser Zeit keine Neuwahlen gibt.

Alles andere wäre Spekulation. Für mich heißt das: Forderungen an die Politik müssen den gegebenen Mehrheitsverhältnissen Rechnung tragen. Ich will mich deshalb im folgenden auf *realisierbare* wenige Eckpunkte eines ökonomischen Lastenhefts zur Erneuerung in Deutschland beschränken.

Ganz oben auf der Agenda sollte eine **Föderalismusreform** stehen. Hier waren die beiden Parteien ja schon mal ganz eng beieinander. Im Dezember des vergangenen Jahres scheiterte die Reform des föderalen Systems an der Frage, ob dem Bund oder den Ländern die Kompetenz in der Hochschulpolitik zusteht. Nachdem das Bundesverfassungsgericht zu Beginn dieses Jahres den Ländern das Recht eingeräumt hat, Studiengebühren zu erheben, sollte die Bildungspolitik nicht länger Stolperstein für eine grundlegende Föderalismusreform sein.

Der bayerische Ministerpräsident Stoiber hat eine solche Reform einmal die „Mutter aller Reformen“ genannt. Zu Recht: Kompetenzüberschneidungen und Finanzverflechtungen zwischen Bund und Ländern haben dazu geführt, dass heute 60 Prozent aller Gesetze der Zustimmung des Bundesrates bedürfen. In den Anfängen der Bundesrepublik waren nur rund 10 Prozent der Bundesgesetze zustimmungspflichtig. Bezahlt haben die Länder diesen Zuwachs an Mitwirkungsrechten mit der Preisgabe eigener Gestaltungsmöglichkeiten. Außer Bildung und Kultur ist ihnen nämlich kaum noch etwas geblieben, dass sie eigenständig gestalten können. Besonders gering sind ihre Spielräume in der Steuerpolitik.

Auf der anderen Seite haben die Länder ihre Mitwirkungsrechte aber auch immer wieder als Blockadeinstrument gegen die jeweilige Bundesregierung eingesetzt. Machtpolitisch besonders krass ist das Beispiel von Oskar Lafontaine. Der ein oder andere von Ihnen wird sich wahrscheinlich noch gut daran erinnern, wie Lafontaine die SPD-Mehrheit 1998 im Bundesrat instrumentalisierte, um die Petersberger Steuerbeschlüsse der Kohl-Regierung zu kippen.

Meine Damen und Herren,

so krass dieses Beispiel auch ist, so deutlich zeigt es, warum wir eine Föderalismusreform brauchen: Es darf nicht länger so sein, dass institutionelle Vorkehrungen notwendige Reformen blockieren. Wir brauchen in Deutschland eine höhere Reformdynamik und dafür müssen wir mehr Föderalismus wagen.

Konkret bedeutet das für mich, dass wir die Aufgaben des Staates so konsequent wie möglich entflechten und dem Subsidiaritätsprinzip unterordnen. Alle Aufgaben von der Bildungspolitik bis zum Hochschulbau- und Wohnungsbau, bis zur Verkehrsinfrastruktur und Stadtsanierung sollten wir dezentral in die Kompetenz der Länder geben. Damit sie diese Aufgaben effizient erfüllen können, brauchen sie selbstverständlich eigene Einnahmequellen. Ein Trennsystem der Besteuerung – direkte Steuern an die Länder, indirekte Steuern an den Bund – wäre in diesem Zusammenhang sicher erwägenswert. Auf jeden Fall aber sollte der Länderfinanzausgleich so reformiert werden, dass die Länder mehr Anreize erhalten, ihre Wirtschafts- und Steuerkraft zu erhöhen. Mit anderen Worten: Wir brauchen einen Paradigmenwechsel: Weg vom Kooperations- hin zum Wettbewerbsföderalismus.

Meine Damen und Herren,

ein zweites Politikfeld, auf dem ich durchaus Einigungschancen zwischen CDU und SPD sehe, ist die **Haushalts- und Steuerpolitik**.

Über die Frage der Haushaltskonsolidierung etwa gibt es keinen grundsätzlichen Dissens. Und man weiß auch, wie ernst die Lage ist. Unter Einschluss der Zahlungsverpflichtungen der gesetzlichen Rentenversicherung und der Versorgungsansprüche der Beamten beläuft sich der Schuldenstand der Bundesrepublik auf 330 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung. Das bedeutet konkret: Auf der Grundlage des geltenden Rechts werden die zukünftigen Einnahmen nicht ausreichen, um sämtliche Zahlungsverpflichtungen abzudecken. Es muss also dringend etwas geschehen.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist ein zahnlöser Tiger. Damit die Europäische Kommission stärker als bisher auf unangemessene Haushaltsentwicklungen reagieren kann, sollten ihr stärkere Sanktionsmöglichkeiten gegeben werden. Die Androhung von Sanktionen könnte schon helfen, endlich jene Subventionen zu kürzen oder abzuschaffen, die ohnehin zweifelhafte ökonomische Folgen haben oder einfach ungerechtfertigt sind. Ansatzpunkte dafür sehe ich bei einigen Steuervergünstigungen (Stichwort: steuerfreie Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nacharbeit). Oder auch in den Bereichen Steinkohle, Landwirtschaft und Wohnungsbau.

Völlig verfehlt wäre es dagegen, wenn an den öffentlichen Investitionen gespart würde. Bund, Länder und Gemeinden haben ihre Investitionen bereits seit langem unter das bedarfsdeckende Niveau zurückgefahren. Der dadurch aufgelaufene Investitionsstau muss entschlossen abgearbeitet werden. Der Bund und die Länder sollten deshalb ihre

Investitionsquoten in einem überschaubaren Zeitraum auf 15 Prozent und die Gemeinden auf 20 Prozent anheben. Angesichts des weiter zunehmenden Straßenverkehrsaufkommens muss vor allem in das deutsche Fernstraßennetz investiert werden. Bis zum Ende der Legislaturperiode tut sich hier eine Bedarfslücke von rund 3 Milliarden Euro auf. Diese kann nur geschlossen werden, wenn die Investitionen auf 7 Milliarden Euro jährlich steigen. Recht und billig sollte es der neuen Bundesregierung auch sein, die Mauteinnahmen komplett für Investitionen in die Bundesfernstraßen zur Verfügung zu stellen.

Meine Damen und Herren,

in der Steuerpolitik hat sich die abgewählte rot-grüne Bundesregierung mit der Unternehmenssteuerreform 2000 durchaus einige Meriten verdient. Doch trotz Absenkung der Steuertarife besteht weiter Handlungsbedarf. Denn Deutschland ist gerade hinsichtlich der Unternehmensbesteuerung nach wie vor ein Hochsteuerland.

Und das ist einer, wenn nicht *der* Grund, warum das einstige Wirtschaftswunderland Deutschland schon seit Jahren das Schlusslicht beim Wachstum in Europa bildet.

Zurückzuführen ist die deutsche Wachstumsmalaise vor allem auf die schwache Investitionstätigkeit der Unternehmen. Zwischen 2000 und 2005 sind die Pro-Kopf-Investitionen um 20 Prozent gesunken – von 5500 auf 4400 Euro. Dahinter steht nicht etwa bössartiger Wille, sondern nüchternes ökonomisches Kalkül: Das Kapital geht zu dem Wirt, der es am besten bedient. Und der sitzt vor allem in den EU-Beitrittsländern. Dort liegen die Steuerbelastungen für Kapitalgesellschaften durchschnittlich rund 20 Prozentpunkte unter denen Deutschlands. Von den weitaus geringeren Lohnkosten erst gar nicht zu reden.

Damit ist klar: Trotz der im Jahre 2000 verabschiedeten Steuerreform, deren letzte Stufe ja erst mit Beginn dieses Jahres in Kraft getretenen ist, besteht weiterhin dringender steuerpolitischer Handlungsbedarf. Einige Zahlen dazu: Die oberen fünf Prozent der Steuerpflichtigen zahlen über 40 Prozent der Einkommenssteuer. Dagegen trägt das untere Fünftel der Steuerzahler gar nichts zum Aufkommen in der Einkommensteuer bei.

Meine Damen und Herren,

wenn wir wollen, dass inländisches Kapital hier bleibt und ausländisches Kapital ins Land kommt, müssen wir Investitionen am Standort Deutschland attraktiver machen. Reformvorschläge dazu gibt es bereits oder werden gerade ausgearbeitet.

Fast alle Modelle beinhalten auch eine Reform bzw. Abschaffung der Gewerbesteuer. Das ist gut so, denn sie belastet in der jetzigen Form einseitig die Wirtschaft. Die Leistungen der Kommunen kommen dagegen allen Bürgern zugute. Es ist deshalb eine Frage der Gerechtigkeit, dass etwa über einen Zuschlag zur Einkommen- und Körperschaftsteuer sowohl die Bürger als auch die freien Berufe an der Finanzierung kommunaler Leistungen beteiligt werden.

Ich möchte hier nicht weiter ins Detail gehen. Die neue Bundesregierung jedenfalls ist gut beraten, sich mit den verschiedenen Modellen zu beschäftigen, die gerade ausgearbeitet werden. Spätestens im Frühjahr des nächsten Jahres sollte sie sich dann aber entscheiden, wie sie unser Land im internationalen Steuerwettbewerb voranbringen will.

Was sie aber auf keinen Fall tun sollte, wäre an der Mehrwertsteuer zu drehen. Es verträgt sich nicht, die Schwarzarbeit bekämpfen zu wollen und gleichzeitig die Mehrwertsteuer zu erhöhen. Unsere französischen Nachbarn haben das schon vor Jahren beherzigt und den Mehrwertsteuersatz auf bestimmte Bauleistungen auf 5,5 Prozent gesenkt. Mit Erfolg: Die Schwarzarbeit hat sich dadurch deutlich verringert.

Meine Damen und Herren,

zentrale Bedeutung für die Gesundung unserer Volkswirtschaft hat der **Arbeitsmarkt**. Hier liegen die Vorstellungen von CDU und SPD allerdings noch weit auseinander. Vor allem in der SPD sperrt man sich noch gegen die Einsicht, dass das institutionelle Regelwerk auf dem Arbeitsmarkt wesentlich flexibler gestaltet werden muss.

Handlungsbedarf besteht etwa bei der Flexibilisierung des Flächentarifvertrags. Unbestritten weist der Flächentarifvertrag gegenüber der rein betrieblichen Lohnfindung einige Vorteile auf. So werden die mit der Lohnfindung einhergehenden Konflikte in der Regel vom Betrieb ferngehalten. Man sollte ihn deshalb auch nicht ganz abschaffen, sondern durch die Einführung wirksamer Öffnungsklauseln flexibilisieren. Am besten wäre es, wenn der Gesetzgeber Öffnungsklauseln zwingend vorschreiben würde. Dadurch würde der Flächentarifvertrag ein Rahmenvertrag mit der Option zur Nichtanwendung. Natürlich unter der Voraussetzung, dass Unternehmensleitung und die Mehrheit der Beschäftigten sich über die abweichenden Regelungen einig sind.

Dass der Arbeitsmarkt bei uns nicht so funktioniert, wie Märkte eigentlich funktionieren, liegt auch am Kündigungsschutz. Er schützt diejenigen Arbeitnehmer, die drin sind, und er verhindert, dass neue reinkommen. Der Grund dafür liegt darin, dass die Unternehmen unter den gegenwärtigen Bedingungen sehr vorsichtig bei Neueinstellungen sind. Denn wenn sie sich von Arbeitnehmern trennen müssen, sind sie oft darauf angewiesen, sich vom Kündigungsschutz „freizukaufen“.

Um diese Funktionsstörung auf dem Arbeitsmarkt zu beseitigen, sollte der Kündigungsschutz liberalisiert werden. Die beste Lösung wäre, wenn Arbeitnehmern und Arbeitgebern freiwillige Abweichmöglichkeiten von den gesetzlichen Regelungen eingeräumt würden. Etwa dergestalt, dass der Arbeitnehmer auf den Kündigungsschutz verzichtet und dafür höheren Lohn bekommt oder eine vorher festgelegte Abfindung. Eine nur zweitbeste Lösung wäre die Anhebung von Schwellenwerten, ab der der Kündigungsschutz gilt. Die grundsätzliche Funktionsstörung auf dem Arbeitsmarkt würde dadurch nicht behoben.

Meine Damen und Herren,

der Kündigungsschutz und die Flexibilisierung des Flächentarifvertrags dürften zu den harten Nüssen in den Koalitionsverhandlungen gehören. Angesichts des vermutlich von der SPD zu besetzenden Arbeitsministeriums bin ich skeptisch, ob die Union sich mit ihren Liberalisierungsvorstellungen durchsetzen kann.

Es gibt allerdings einen anderen Punkt, der mir konsensfähig scheint. Und der ist nicht nur für die Baubranche und ihre Zulieferer, sondern für die deutsche Wirtschaft insgesamt so wichtig, dass ich etwas näher darauf eingehen möchte.

Es geht um die Beschäftigungsperspektiven von Gering- und Einfachqualifizierten. Hierzu zählen in Deutschland immerhin rund eine Millionen Menschen. Ich sage ausdrücklich: Eine Millionen Menschen, die arbeiten könnten und zum großen Teil auch arbeiten wollen, aber in unserem Sozialstaat keinen Anreiz haben, eine Arbeit aufzunehmen.

Das liegt vor allem an der Höhe der ehemaligen Sozialhilfe, die heute Arbeitslosengeld II heißt. Dieses ist in vielen Fällen höher als der Lohn, den ein Arbeitgeber für einfache Arbeit kostendeckend zahlen kann. Die Arbeitnehmer verhalten sich daher ökonomisch vollkommen rational, wenn sie eine Arbeit ablehnen, die ihnen nicht mehr bringt als das Arbeitslosengeld. Der Fehler liegt nicht bei ihnen, sondern in unserem Sozialsystem. Es setzt falsche Anreize.

Das ist selbst dann so, wenn der Lohn höher ist als die staatliche Transferleistung. Auch in diesem Fall sind die Anreize zur Arbeitsaufnahme noch zu schwach. Denn trotz großzügigerer Hinzuverdienstmöglichkeiten durch Hartz IV wird der ganz überwiegende Teil des Arbeitsentgelts auf das Arbeitslosengeld II angerechnet.

Nur erwähnen möchte ich an dieser Stelle, dass im Falle einer regulären Arbeitsaufnahme die Möglichkeiten zur Schwarzarbeit auch arg eingeschränkt würden.

Meine Damen und Herren,

das ist das wahre Dilemma unseres Sozialstaats: Lohnersatzleistungen, einst geschaffen, um die sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit abzufedern, erzeugen heute selbst Arbeitslosigkeit. Professor Sinn vom ifo-Institut in München hat dieses Dilemma als den „Kern der deutschen Krankheit“ bezeichnet. Sein Therapieversuch hat es zumindest ansatzweise bis ins Wahlprogramm der Union geschafft - wenn auch das dort angesprochene Kombi-Lohn-Modell noch ziemlich vage ist. Da dieses Thema auch in die Logik der Agenda 2010 passt, sollte die neue Bundesregierung nichts unversucht lassen, die Voraussetzungen für einen regulären Niedriglohnbereich auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen.

Dafür sind drei Eckpunkte unverzichtbar:

Erstens müssen die Leistungen für die Bezieher von Arbeitslosengeld II deutlich abgesenkt und die Zuverdienstmöglichkeiten spürbar verbessert werden. Das erhöht das Arbeitsangebot.

Zweitens müsste die Lohnskala quer über alle Branchen nach unten geöffnet werden. Das erhöht die Arbeitsnachfrage.

Und drittens sollten niedrige Markteinkommen so aufgestockt werden, dass das Gesamteinkommen über dem Existenzminimum liegt.

Meine Damen und Herren,

der Weg zu einem solchen Kombilohn aus Marktlohn und ergänzenden Transfers verspricht Chancen. Vor allem im Dienstleistungssektor könnten dadurch viele neue Arbeitsplätze entstehen. Und keineswegs nur die viel geschmähten Mc-Jobs. Ich denke da mehr an den



immer wichtiger werdenden Bereich sozialer Betreuung, sei es im Jugend-, Alten- oder Pflegebereich.

Damit ist dann auch ein weiterer Bereich angesprochen, der dringend reformiert werden muss – das **System der sozialen Sicherung**. Hier liegen die Positionen der beiden Parteien auf den ersten Blick weit auseinander. Vor allem was die Reform des Gesundheitswesens anbetrifft, wo die Beiträge seit Jahren aus dem Ruder laufen. Die SPD will eine Bürgerversicherung, die CDU eine einkommensunabhängige Kopfpauschale.

Vermutlich wird es eine Kopfpauschale, die ja nur in einem äußerst mühsamen Kompromiss zwischen CDU und CSU vereinbart werden konnte, ebenso wenig geben wie die Bürgerversicherung. Bevor die Parteien sich wegen dieser Frage in Grabenkämpfen verlieren, sollten sie einen dritten Weg suchen, wie ein weiterer Anstieg der Lohnnebenkosten verhindert werden kann. Dabei sollte es aber nicht nur um neue Einnahmemöglichkeiten gehen. Viel wichtiger ist es, das Gesundheitswesen für den Wettbewerb zu öffnen. Durch den Wettbewerb zwischen Krankenkassen und durch einzelwirtschaftliche Verträge zwischen Kassen und Ärzten unter Ausschluss der Kassenärztlichen Vereinigungen ließen sich zweifellos noch riesige Wirtschaftlichkeitsreserven erschließen. Auf den Prüfstand gehören auch die versicherungsfremden Umverteilungselemente in der gesetzlichen Krankenversicherung. Das Stichwort hierzu lautet beitragsfreie Mitversicherung von Familienangehörigen. Die Förderung von Familien ist ein gesamtgesellschaftliches Anliegen. Folglich sollten auch alle Steuerzahler zu deren Finanzierung herangezogen werden.

Dringender Handlungsbedarf, und zwar grundlegender Art, besteht auch in der Pflegeversicherung. Denn sie steuert auf einen finanziellen Kollaps zu. Spätestens 2007 werden die in ihren Anfangsjahren aufgebauten Rücklagen aufgebraucht sein. Durch die zunehmende Alterung der Bevölkerung werden sich die Probleme in den kommenden Jahren noch verschärfen. Daran kann auch der seit Beginn des Jahres geltende Beitragszuschlag von 0,25 Prozentpunkten für Kinderlose nichts ändern. Ein Ausweg besteht nur in dem Ausstieg aus dem Umlageverfahren und der Einführung des Kapitaldeckungsverfahrens.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich zum Schluss noch einige Sätze zum Thema Rentenversicherung sagen. Hier wurde mit der Einführung des Nachhaltigkeitsfaktors ein wichtiger Schritt gemacht. Doch

dieser allein wird nicht ausreichen, steigende Beitragssätze zu verhindern. Eigentlich bräuchten wir eine Minusanpassung bei den Renten. Eine Alternative zu dieser äußerst unpopulären Maßnahme ist die schrittweise Erhöhung des gesetzlichen Rentenalters auf 67 Jahre. Am besten innerhalb der nächsten Jahre und nicht erst bis zum Jahr 2030. Angesichts der immer höheren Lebenserwartung sollte es der SPD nicht allzu schwer fallen, sich in dieser Frage zu bewegen.

Meine Damen und Herren,

ich hoffe, dass die große Koalition die vielen Kommentatoren Lügen straft, die in dem Bundestagswahlergebnis eine Absage an weitere Reformen sehen. Welche das vor allem sein müssten, habe ich skizziert. Damit ein solches Programm vom Bürger angenommen wird, muss es konzeptionell klar sein und Vertrauen stiften.

Dabei sollte folgendes bedacht werden: Agenda 2010, Hartz IV, Kopfpauschale, Flat Tax – all dies sind Vokabeln, die vom Bürger als unheimlich, bedrohlich und kalt empfunden werden. Hier ist mehr Kreativität gefordert: Weg von der Mc-Kinsey-Sprache - hin zu einfachen, positiv besetzten Begriffen. Ich hatte ja bereits eingangs erwähnt, dass die große Mehrheit der Bevölkerung zu Veränderungen bereit ist. Diese müssen aber gut begründet werden: Inhalt und Kommunikation müssen passen.

Unter dieser Voraussetzung bin ich guten Mutes, dass wir es schaffen können. Denn unser Land ist immer noch eine große Wirtschaftsation. Es hat über Jahrzehnte unter Beweis gestellt, zu welchen Leistungen es fähig ist. Unsere jüngsten Erfolge im Export zeigen, dass wir uns nicht zu verstecken brauchen. Miesmacherei und Mutlosigkeit sind daher fehl am Platz.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.